

Der Gesetzentwurf der Landesregierung stößt auf massive Kritik

Keiner ist fürs neue KiföG

Es hagelt Kritik von allen Seiten. 25 Organisationen, Einrichtungen, Verbände, die Gewerkschaft ver.di, Kirchen, Kommunen, Fachschulen und viele mehr haben Stellungnahmen für den sozialpolitischen Ausschuss des Landtags zum geplanten Kinderförderungsgesetz (KiföG) abgegeben und ihre Bedenken formuliert. Ganze Protestkampagnen werden organisiert. Aber auch viele Kitas machen mit Plakaten an Türen und Fenstern deutlich, was sie von dem Gesetzentwurf der Landesregierung halten: „KiföG – so nicht“, heißt es überall in Hessen.

Die größte Kritik vieler Verbände und Organisationen richtet sich gegen den Systemwechsel, den die CDU/FDP-Landesregierung mit dem neuen Kinderförderungsgesetz einleitet. Die Koalition habe sich von betriebswirtschaftlicher Logik leiten lassen; finanztechnische und kosten-senkende Aspekte seien bedeutender als fachliche Kenntnisse, sagt ver.di. Nicht nur der Kinderschutz-bund erinnert die Landesregierung an ihre eigenen Aussagen von 2007: „Das gesellschaftliche Ziel ist die frühere, nachhaltigere, individuellere und intensivere Bildung der Kinder“. Das Land Hessen habe sich bekannt zu einer „Pädagogik, die das Kind mit seinen individuellen Lern-voraussetzungen in den Mittel-punkt stellt.“ Aber genau das sei mit dem neuen Gesetz nicht

mehr gewährleistet.

Die Liste der Kritikpunkte ist lang und richtet sich etwa gegen die neue Personalbemessung, die sich künftig an der Zahl der Kinder und der Betreuungszeit orientieren soll. Das führt in der Praxis dazu, dass weniger Personal zur Verfügung steht und sich die Träger wer-

den entscheiden müssen, ob sie die Öffnungszeiten verkürzen oder die Zahl der Gruppen verkleinern. Der Landeselternbeirat von Hessen befürchtet, dass größere Gruppen entstehen, die von weniger ErzieherInnen betreut werden. Aber auch die Idee des Platz-Sharing kommt nicht gut an. Teilen sich mehrere Kinder einen Platz, werden sie nur als ein Kind gezählt. Danach wird auch der personelle Bedarf berechnet. Dass der Gesetzentwurf vom Gedanken des Kostendumping beherrscht wird, ist auch daran zu erkennen, dass künftig fachfremdes Personal anstelle von ErzieherInnen eingesetzt werden darf. Daran zeigt sich nicht nur die geringe Wertschätzung gegenüber ErzieherInnen, sagt Kirsten Frank von ver.di. Fachfremde werden auch geringer vergütet. „Mit guter Bildung und Betreuung hat das Gesetz wenig zu tun.“

Trotz des großen Protestes scheint die Landesregierung entschlossen, das Gesetz noch vor der Sommerpause zu verabschieden. In der Hoffnung, dass sich die Kritik daran bis zur Landtagswahl am 22. September gelegt hat.



Ein Beispiel aus der Praxis

Weniger Zeit und weniger Personal

Wird das Gesetz Wirklichkeit, gibt es ab 1. Januar 2014 nicht mehr pro Gruppe Geld für eine Einrichtung, sondern pro Kind und zwar abhängig davon, wie viele Stunden die Kinder pro Woche betreut werden. Wie das in der Praxis aussehen wird, hat ver.di am Beispiel einer Kindertagesstätte ausgerechnet.

Heute ist es so: In einer Einrichtung mit 75 Kindern müssen für die vier Gruppen über eine tatsächliche Betreuungszeit von 50 Stunden in der Woche mindestens sieben Fachkräfte eingesetzt werden. Durch das Gesetz würde die finanzielle Förderung des Landes knapper ausfallen. Das Geld reicht dann nur noch für drei Gruppen und eine tatsächliche Betreuungszeit von 42,5 Stunden und 6,5 Fachkräfte. Fachkräfte sind hier aber nicht gleichbedeutend mit

ErzieherInnen. Von den 6,5 Stellen dürfen 1,3 auch mit fachfremden Beschäftigte besetzt werden. Fazit: 7,5 Stunden weniger Betreuungszeit, eine Gruppe weniger, eine halbe Stelle weniger.

BefürworterInnen des Gesetzes argumentieren, dass im neuen Kinderförderungsgesetz nur die Mindestbedingungen geregelt seien. Wie lange eine Einrichtung die Kinder betreut, wie sie ihre Gruppengröße bemisst und wie viel Personal sie einsetzt, bliebe dem

Träger überlassen. Anders gesagt: Jeder Träger kann selbst für bessere Bedingungen sorgen.

ver.di befürchtet allerdings, dass die Kommunen auf ihre leeren Kassen verweisen werden und sie es sich unter dem Druck des Haushaltsausgleichs und der Schuldenbremse nicht leisten können, für kleinere Gruppen, mehr Fachpersonal und längere Öffnungszeiten zu sorgen. Maßstab würden künftig die Mindestbedingungen des Landes werden.

Eine Excel-Liste zur Berechnung der Fachkraftstunden gibt es hier: https://gemeinden-hessen.verdi.de/gemeinden-hessen/sozial_kinder_und_jugendhilfe/erzieherinnen



Newsletter

für Erzieherinnen und Erzieher



März 2013

Inhalt

Breites Protestbündnis gegen KiföG
Interviews mit Kritikern

Seite 2

ver.di: Wie gute Bildung aussehen muss

Seite 3

Equal Pay Day am 21. März
Die Arbeit von Frauen ist mehr wert

Seite 4

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
ver.di-Landesbezirk Hessen
Fachbereich Gemeinden
Kirsten Frank
Postfach 200 255
60606 Frankfurt am Main
Tel.: 069 2569-1242
Fax: 069 2569-2662
E-Mail: kirsten.frank@verdi.de

Redaktion:
Michaela Böhm, Frankfurt a. M.
Layout:
winterstein · grafik · design, Frankfurt a. M.
Druck:
Druckerei Imprinta, Obertshausen

Protestaktionen bis in den April

Kreative Aktionen finden unter dem Motto „KiföG – So nicht!“ bis Ende April in ganz Hessen statt. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, zu der Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie, das Deutsche Rote Kreuz, der Landesverband der Jüdischen Gemeinden und der Paritätische Wohlfahrtsverband gehören, unterstützt die Vernetzung zwischen Einrichtungen, Organisationen und Gruppierungen. Nach eigenen Angaben vertritt die Liga rund 1.500 Kindertageseinrichtungen mit 100.000 Plätzen. Das entspricht etwa 45 Prozent der hessischen Tageseinrichtungen für Kinder. Neben der Liga beteiligen sich weitere Organisationen, Einrichtungen, Gremien und Arbeitsgruppen an dem Aktionsbündnis.

Zeitplan der Landesregierung

Gegenwärtig ist von folgendem Zeitplan auszugehen:

Dezember 2012:

Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP brachten den Gesetzentwurf in erster Lesung in den Landtag ein.

7. März:

Der Entwurf wurde in einer öffentlichen Anhörung mit Verbänden und Kommunen erörtert.

11. April:

Beratung des sozialpolitischen Ausschusses.

23.–25. April:

Das Gesetz soll in die zweite und dritte Lesung gehen und verabschiedet werden.

22. September:

Landtagswahlen in Hessen

1. Januar 2014:

Das hessische Kinderförderungsgesetz soll in Kraft treten.

120.000 Unterschriften

Während Experten und Betroffene am 7. März im Sozialausschuss über das neue KiföG debattierten, protestierten 2.000 Menschen gegen das Gesetz. Es wurden bereits 120.000 Unterschriften gesammelt.

Breites Protestbündnis gegen Kinderförderungsgesetz

„Bildungsqualität im Sinkflug“

Sie sammeln Unterschriften, demonstrieren in Wiesbaden und organisieren einen Sternmarsch zum Frankfurter Römer – ein großes Bündnis protestiert gegen das von CDU und FDP geplante Kinderförderungsgesetz (KiföG) in Hessen. „Stoppt KiföG – Bildungsqualität im Sinkflug“

heißt die Protestkampagne der Liga der Freien Wohlfahrtspflege. ver.di hat Marek Körner vom Paritätischen Hessen und Hubert Lorenz-Medick von der Integrativen Kindertagesstätte der Lebenshilfe in Idstein zu dem Gesetzentwurf befragt.

Interview mit Marek Körner Unsolide Rechnung

ver.di: Können Sie dem Gesetz etwas Positives abgewinnen?



Körner: Ich finde es gut, dass die Mindestverordnung und ähnliche Regelungen der Vergangenheit

angehören und ein Gesetz geschaffen wird, über das ein Parlament entscheidet. Allerdings hätte die Landesregierung für einen umfassenden demokratischen Entscheidungsprozess Verbände, Fachschulen Wissenschaft, Einrichtungen und Eltern anhören müssen, bevor der Entwurf in den Landtag eingebracht wurde.

Was sagen Sie zum Inhalt?

Körner: Mit dem Gesetz sollen Standards festgelegt werden, die sich betriebswirtschaftlichen Berechnungen zu beugen haben und nicht einmal sauber berechnet wurden. Um einen angemessenen Personal-

schlüssel zu kalkulieren, müssen Ausfallzeiten berücksichtigt werden, die gehen im Gesetz mit 15 Prozent ein, tatsächlich sind es aber 23 Prozent. Ganz untern Tisch fällt die mittelbare pädagogische Arbeit. Das ist unsolide.

Künftig sollen nicht mehr ausschließlich ErzieherInnen für die Kinderbetreuung zuständig sein.

Körner: Ich habe nichts dagegen, wenn etwa Mechatroniker oder Ernährungswissenschaftler ihr Wissen einbringen, aber als zusätzliche Kräfte und nicht als Ersatz. Wobei ich befürchte, dass es darauf hinausläuft, dass engagierte Eltern einspringen sollen. Nach dem Motto: Wer selbst Kinder groß zieht, kann das auch in der Kita leisten.

Was ist falsch daran?

Körner: Wenn Eltern mit ihrem Kind einen Kuchen backen, wird gerührt, geknetet, gebacken, fertig.

Eine Erzieherin wird über Zutaten sprechen, grobe und feine Materialien spüren und wiegen lassen, zu Fragen und Wahrnehmungen animieren. Das können Laien nicht. Kitas haben einen Bildungsauftrag und brauchen gut ausgebildetes Personal. Außerdem ist das ein weiterer Versuch, Kosten zu drücken, denn Laien erhalten eine geringere Vergütung.

Noch ein Satz zur Gruppengröße.

Körner: Die ist katastrophal. Nach dem Gesetz könnte man bis zu 16 Zwei- bis Dreijährige in einer Gruppe unterbringen. Das ist zu groß, zu chaotisch, kleine Kinder werden mit Rückzug und Angst reagieren und ErzieherInnen mit Überlastung. Wir plädieren für Gruppen mit maximal zehn Kindern, das entspricht internationalem Standard. Der könnte doch auch für Hessen gelten?

Interview mit Lorenz-Medick Just-in-Time-Pädagogik

ver.di: Was halten Sie von dem geplanten Gesetz?



Lorenz-Medick: Nichts. Meine größte Kritik gilt der geplanten Berechnung der notwendigen ErzieherInnen. Hier hält eine ausschließlich wirtschaftlich geprägte Logik Einzug in die Bildung und Erziehung unserer Kinder. Das soll Just-in-time-Pädagogik werden. Arbeit auf Abruf wie in der Fabrik. ErzieherInnen sollen parat stehen, wenn Kinder zu betreuen sind. Werden die Kinder abgeholt, ist auch die Erzieherin überflüssig. Was kommt als Nächstes? Schicken wir die Kollegin nach Hause, wenn Kinder krank sind? Wertschätzende Arbeitsbedingungen sehen anders aus. Die Basis für gute Pädagogik allerdings auch.

Wie wird sich das Gesetz kon-

cret auswirken?

Lorenz-Medick: Wird es wie geplant umgesetzt, haben ErzieherInnen in einer klassischen, halbtags geöffneten Kindergartengruppe noch 18 Minuten und 54 Sekunden pro Kind und Tag. Und darin sind Elterngespräche, Entwicklungsberichte, Kooperation mit Schulen und vieles mehr bereits enthalten. Einrichtungen, die in Übereinstimmung mit den aktuellen rechtlichen Vorgaben qualitativ hochwertige, kleine Gruppen anbieten, weil sie inklusiv arbeiten oder Kinder betreuen, die unter erschwerten Bedingungen aufwachsen, wird es besonders hart treffen. Unsere Kita besuchen 80 Kinder mit und ohne Behinderung in vier Gruppen. Gegenüber der aktuellen Situation würden wir eine Vollzeitstelle verlieren oder alterna-

tiv zwei Ausbildungsplätze für Erzieherinnen im Anerkennungsjahr.

Das Gesetz sieht aber doch eine zusätzliche Förderung zur Integration von Kindern mit Behinderungen vor. Stimmt das nicht?

Lorenz-Medick: Doch, allerdings gibt es diese Förderung bereits. Der Betrag soll lediglich um 800 Euro pro Jahr steigen. Rechne ich das in Erzieherstunden um, erhalten wir wöchentlich etwa 45 Minuten zusätzlich. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein und kein Ersatz für den Abbau durch die neue Personalberechnung. Hessen spielte in den vergangenen 15 Jahren eine Vorreiterrolle bei der Inklusion. Die Idee Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam zu bilden und zu betreuen, ist in den Kitas angekommen. Ich fürchte, davon wird nicht viel übrig bleiben.

Wie gute Bildung aussehen muss

„Wir haben mit dem Kinderförderungsgesetz ein gutes und zukunftsweisendes Gesetz auf den Weg gebracht“, sagt die hessische CDU. Welche Auswirkungen das Gesetz jedoch in der Praxis haben wird und welche Gegenvorschläge ver.di einbringt, ist in der Synopse dargestellt.

Argumente der CDU	Auswirkungen in der Praxis	Das will ver.di
Es bleibt wie bisher bei derselben Gruppengröße von maximal 25 Kindern. Kleine Gruppen sind natürlich immer möglich.	Weil es die maximale Förderung nur bei einer Gruppengröße von 25 Kindern gibt und nur die besetzten Plätze zählen, müssen Eltern künftig mit großen, vollen Gruppen rechnen, in denen die individuelle Förderung von Kindern auf der Strecke bleibt.	Wir fordern eine Gruppenstruktur, wie sie europäischen Vorgaben entspricht: <ul style="list-style-type: none"> • von 0 bis 24 Monaten – maximal 7 Kinder • von 2 bis 3 Jahren – maximal 10 Kinder • von 3 bis 6 Jahren – maximal 18 Kinder
Kinder bekommen weiterhin qualifizierte ErzieherInnen. Die Ergänzung der Teams durch andere Fachkräfte wird auf freiwilliger Basis ermöglicht. Aufsicht und Eltern müssen zustimmen.	In der Praxis heißt das: Es kann fachfremdes Personal eingesetzt werden, etwa Menschen, die bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit, Arbeit in Vereinen oder auf Ferienfreizeiten Kenntnisse erworben haben.	Nur noch mindestens eine qualifizierte Fachkraft während der gesamten Öffnungszeiten, so wie es das Gesetz vorsieht, hat mit guter Betreuung nichts zu tun. Dazu sagen wir nein. Für eine gute Bildung und Betreuung braucht es ständig und gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte.
Familien bekommen weiterhin die Öffnungszeiten, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Im KiföG werden keine Öffnungszeiten festgelegt. Das regelt der Träger mit den Eltern.	Entscheidend für die Öffnungszeiten ist aber die Höhe der Zuschüsse. Wer als Träger längere Öffnungszeiten anbieten will, wird künftig mehr Geld zur Verfügung stellen müssen. Angesichts der finanziellen Situation vieler Träger ist das illusorisch.	Das Land muss über die gesamte Betreuungszeit eines Trägers einen finanziellen Ausgleich leisten.
Familien haben weiterhin professionelle AnsprechpartnerInnen für die Entwicklungsbegleitung ihrer Kinder. Erstmals werden Urlaubs- und Krankheitszeiten von ErzieherInnen berücksichtigt. Das gab es bisher nicht und wird zusätzlich angerechnet. Dadurch bleibt mehr Zeit für die Kinder.	Das ist richtig und zu begrüßen. Allerdings sind die Zeiten zu knapp bemessen, und die Verteilzeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit und Leitungstätigkeiten fehlen völlig. Dazu gehören Elterngespräche und -abende, Teamsitzungen, Gespräche mit Schulen und anderen.	Es müssen endlich auch die Zeiten in die Personalbemessung aufgenommen werden, die tagtäglich anfallen und zu guter pädagogischer Arbeit gehören.
Kindertageseinrichtungen bekommen Zeit für Leitung und Management. Die Freistellung für Elterngespräche und Vernetzung mit der Schule vereinbart – wie bisher auch – der Träger mit der Kommune.	Leitungskräfte brauchen zunehmend Zeit für Managementaufgaben, etwa Personalentwicklung, Budgetverwaltung, Konzeptentwicklung. Das ist nach wie vor nicht berücksichtigt.	ver.di fordert mindestens einen Grundanteil von 20 Wochenstunden für die Leitungskraft, darüber hinaus zehn Wochenstunden pro Gruppe, entsprechend unserer Berechnung der Gruppenstruktur.
ErzieherInnen bekommen gute Rahmenbedingungen für pädagogische Arbeit. Mit dem KiföG wird ein zusätzlicher Anreiz für Qualität gesetzt. Mit weiteren 100 Euro soll die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans unterstützt werden.	Die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans ist durch die reduzierte Personalberechnung gefährdet.	Der Bildungs- und Erziehungsplan ist mit ausreichend finanziellen Mitteln und Personal auszustatten.

Demonstration am 9. April in Wiesbaden

Zu einer hessenweiten Demonstration gegen das geplante Kinderförderungsgesetz ruft ver.di am Dienstag, 9. April, in Wiesbaden auf. Der Demonstrationzug startet am Bahnhofsvorplatz und geht zum Dern'schen Gelände, wo eine Kundgebung stattfindet. Genaue Informationen werden rechtzeitig über die ver.di-Bezirke veröffentlicht.

Mehr Infos

zum Gesetzentwurf, die Stellungnahme von ver.di, ein Elternbrief und die Resolution gegen das KiföG gibt es auf <http://gemeinden.hessen.verdi.de/>

Aufruf an Eltern

Auch Eltern können aktiv werden gegen ein Gesetz, das die Situation in Kitas verschlechtern würde. ErzieherInnen können Eltern darauf aufmerksam machen. Eltern können

- die Aktionen der Erzieher und Erzieherinnen vor Ort unterstützen.
- die regionalen Veranstaltungen zum Kinderförderungsgesetz besuchen.
- bei ihren Landtagsabgeordneten protestieren.
- mit ihrer Kindertagesstätte und den Elternvertretungen eigene Aktionen planen.
- vor Ort ein Aktionsbündnis mit anderen Trägern und anderen Institutionen organisieren.

Kritik an Kürzung

Mit einer „Kasseler Erklärung“ kritisierten Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst auf einer ver.di-Konferenz im November ihre Arbeitssituation. Die Arbeit sei kaum noch zu bewältigen. Die TeilnehmerInnen klagten an, dass Kinder, Jugendliche und alle Menschen, die Unterstützung bräuchten, ihrer Grundrechte beraubt würden, weil Gruppen zu groß und Einrichtungen nicht ausreichend ausgestattet seien, das Personal zu knapp bemessen sei und Hilfeleistungen gekürzt würden.

Immer mehr Familiennährerinnen

Geld verdienen ist immer öfter Frauensache. In fast jedem fünften Familienhaushalt in Deutschland ist die Frau Familiennährerin, weil sie allein erziehend ist oder der Partner als Selbstständiger wenig verdient oder keine Arbeit hat. Um sie geht es bei einem gemeinsamen Projekt vom DGB und dem Bundesfamilienministerium.

Mehr unter www.familiennaehrerin.de

Gleichstellungsatlas

Kürzlich ist der 2. Atlas zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland erschienen, herausgegeben vom Bundesfamilienministerium und dem baden-württembergischen Familienministerium. Darin gibt es Daten und Fakten zu Partizipation, Bildung und Ausbildung, Arbeit und Einkommen sowie Lebenswelt. Erstmals sind dort Zahlen zum Männeranteil in Kindertageseinrichtungen zu finden. Danach liegt Hessen im Ländervergleich mit sechs Prozent Männern im oberen Drittel und über dem Bundesdurchschnitt (vier Prozent).

www.bmfsfj.de

Zum Weiterlesen

Informationen zu den Themen Gender/Gleichstellung/Familie finden sich bei der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Dort gibt es auch Zahlen zur Arbeitszeit. Danach arbeitet fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in Teilzeit. Der Grund ist oft die Kinderbetreuung, besonders im Westen.

www.boeckler.de → Themenkatalog

Stimmt das Entgelt?

Die Wissenschaftlerin Karin Tondorf beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema gerechte Entlohnungssysteme und Gleichstellungspolitik. Weitere Informationen:

www.karin-tondorf.de/newsletter/index.html

Equal Pay Day am 21. März

Die Arbeit von Frauen ist mehr wert

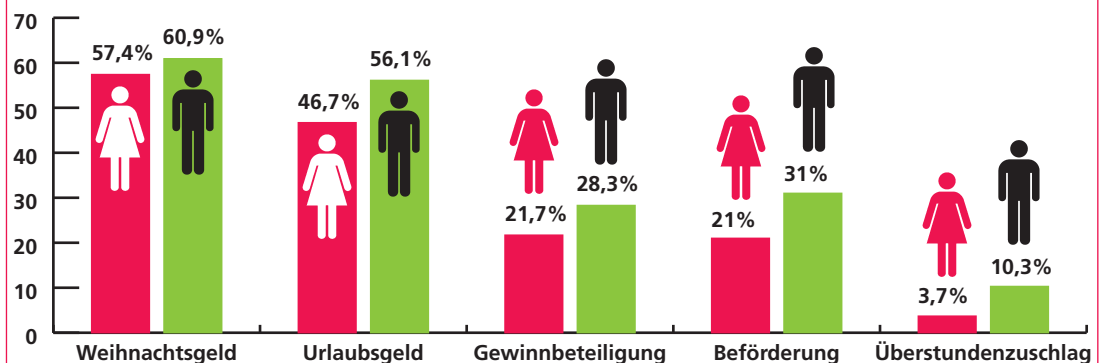
Weiblich, abgehängt, ausgebremst: Der Unterschied zwischen dem Lohn eines Mannes und dem einer Frau beträgt 22 Prozent. Das hat das Statistische Bundesamt errechnet. Und der Verdienstunterschied hat sich seit 20 Jahren kaum verändert. Stimmt nicht, die Lücke ist viel kleiner, sagt nun ein arbeitgebernahes Wirtschaftsinstitut. Was ist dran?

Dieses Jahr findet der Equal Pay Day am 21. März statt. Ein internationaler Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, an dem sich viele beteiligen, auch die Gewerkschaften. Der Tag ist nicht zufällig gewählt. Der 21. März ist der Tag, bis zu dem Frauen arbeiten müssen, um auf das Gehalt eines Mannes aus dem Vorjahr zu kommen. Die Lücke zwischen einem Männer- und einem Frauengehalt beträgt 22 Prozent.

dienen im Durchschnitt 18,70 Euro pro Stunde, davon zieht man den durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 14,55 Euro bei Frauen ab und teilt das Ergebnis durch den Verdienst der Männer. Macht einen Unterschied von 22 Prozent. Das ist die so genannte unbereinigte Lohnlücke. Und die katapultiert Deutschland im europäischen Vergleich auf einen der letzten Plätze. Die Zahl sagt aber nichts aus, findet das arbeitgebernahe IW. Denn Frauen

bundes, Ramona Pisal, den Männern vom IW vor. Und Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZL), bescheinigte den Kölner Forschern schon vor einem Jahr mit „rheinischen Taschenspielertricks“ zu agieren. Wie ist die Wirklichkeit? Weniger Frauen arbeiten Vollzeit, aber viele Teilzeit. Das bringt kaum Geld, verhindert den Aufstieg, und oft führt auch kein Weg zurück in die Vollzeit. Zudem arbeiten Frauen eher in Berufen, die als Frauenberufe gelten und daher schlechter entlohnt werden, sagt Allmendinger. So würde die Verantwortung einer Erzieherin für eine Gruppe Kinder geringer geschätzt als die eines Forstarbeiters für den

Weil sie Frauen sind



Die Daten stammen aus einer Umfrage von knapp 22.000 Frauen und Männern des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). „Zum Teil werden Frauen schlechter bezahlt, weil sie Frauen sind“, sagt WSI-Experte Reinhard Bispinck. www.frauenlohnspiegel.de

Entgeltunterschiede, sagt dagegen die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), seien „vor allem das Resultat persönlicher Entscheidungen.“ Ihnen springt jetzt das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bei. Rechtzeitig zum Equal Pay Day heißt es aus Köln: „Der Skandal fällt aus.“ Dass Frauen der Weg in Führungspositionen und in höhere Gehaltsgruppen versperrt bleibe, stimme nicht. Der Gehaltsunterschied liege bei weniger als zwei Prozent. Zwei, nicht 22, wie vom Statistischen Bundesamt nach europäischen Vorgaben errechnet.

Was ist richtig? Männer ver-

arbeiteten oft Teilzeit, was sie untauglich macht für Führungspositionen, sie pausieren wegen der Kinder, bringen weniger Berufserfahrung mit als Männer und suchten sich überdies die falschen, schlecht bezahlten Berufe aus. Und Unternehmen könnten da nichts machen und weder Berufswahl noch „innerfamiliäre Lastenverteilung“ beeinflussen. Würden Frauen gleich viel arbeiten wie Männer, in den gleichen Branchen und nur kurz wegen der Kinder pausieren, betrage der Gender Pay Gap nicht einmal zwei Prozent.

Schönrechnerei, wirft die Präsidentin des Deutschen Juristinnen-

Wald. Frauen müssten auch häufiger vom Job pausieren, weil es zu wenige Kinderbetreuungsplätze gibt. Das alles zusammen hat über den gesamten Lebenslauf hinweg geringere Einkommen und niedrige Renten zur Folge. „Der Heiratsmarkt zahlt sich für Frauen in den alten Bundesländern mehr aus als der Arbeitsmarkt.“ Doch selbst wenn Frauen in vergleichbaren Positionen und die gleiche Zeit arbeiten wie Männer, macht die Lücke im Verdienst immer noch acht bis 13 Prozent aus. Die Behauptung, es gebe so gut wie keinen Unterschied zwischen den Löhnen der Männer und Frauen, ist „eine Ente“.